

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887**

12.5.1887 (No. 112)



# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 12. Mai.

№ 112.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Eindrucksgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1887.

## Amflicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 4. d. M. gnädigt geruht, auf den Vorschlag des Präsidenten der Oberrechnungskammer den Revisor Christian Zimmermann bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen zum Revisor bei der Oberrechnungskammer zu ernennen.

## Nicht-Amflicher Theil.

Karlsruhe, den 11. Mai.

Wenn im englischen Unterhause, wie es der Wunsch der Regierung ist, die irische Strafrechtsnovelle noch vor Pfingsten die Einzelberatung passieren soll, so wird wohl sehr oft von der verschärften Geschäftsordnung Gebrauch gemacht werden müssen. Der erste Abschnitt des § 1 ist gestern nach zwölftägiger Verhandlung nur mit Hilfe der Cloture erledigt worden; denn die Oppositionsparteien überschwemmen das Haus mit Rederüssen über die zahlreichen Abänderungs- und Zusatzanträge zu dem Gesetzentwurf, die zumeist offenkundig nur den Zweck verfolgen, die Erledigung der Vorlage aufzuhalten. Der Sprecher hat einen schweren Stand, denn einerseits drängen ihn die ministeriellen Parteien, eine zu lange Ausdehnung der Erörterung über die einzelnen Anträge nicht zu gestatten, andererseits nehmen die Oppositionsparteien das Recht der vollen Redefreiheit für sich in Anspruch und erheben lärmende Klage über die Verletzung dieses Rechtes, wenn der Sprecher einmal den Schluß der Debatte über einen Antrag erklärt. Der Sprecher waltet seines schweren Amtes mit strengem Rechtsinn. Gestern wurde der Schluß der Debatte zweimal mit großer Majorität angenommen. Die Regierung verlangte den Schluß ein drittes Mal, aber der Sprecher gab dem Verlangen keine Folge, weil das in Rede stehende Amendement ihm eingehender Erörterung werth schien. Nicht bloß das Gebot der Gerechtigkeit gegen die Minderheit des Hauses, sondern auch die Klugheit erheischt es, die Opposition so weit als möglich gewähren zu lassen; denn die ministeriellen Parteien sichern sich damit gegen den Vorwurf, daß wichtige Punkte der irischen Angelegenheit von der gründlichen Prüfung im Unterhause ausgeschlossen worden seien. Die Opposition setzt alle Hebel in Bewegung, um die Regierung wegen der irischen Strafrechtsnovelle als ein Ministerium der Reaktion und die liberalen Unionisten als Verräther an der Sache des Freiheits dem Lande zu denunzieren; die Konservativen und die liberalen Unionisten bleiben ihnen aber die Antwort nicht schuldig und so tobt der Redekampf für und wider die irische Vorlage außerhalb des Parlaments nicht weniger heftiger als im Unterhause. Der Haupttrumpf, den der Führer der liberalen Unionisten, Lord Hartington, neulich in Leeds anspielte, bestand darin, daß er konstatierte, die irische Partei stehe noch immer unter der Anklage, mit Mangelverbindungen zu unterhalten, und die Gladstonianer compromittirten sich auf das Schwerste durch die Unterstützung der irischen Partei. Hartington hielt überhaupt eine flammende Rede gegen Gladstone, welche zeigt, wie sehr sich während der Verhandlungen über die irische Vorlage die Kluft zwischen den Gladston'schen Liberalen und den unionistischen Liberalen erweitert hat. Er lehnte es sogar ausdrücklich ab, auch in solchen Angelegenheiten, die nichts mit der irischen Frage zu thun haben, mit den Gladstonianern zu stimmen und erklärte bündig, daß er und Gladstone geschiedene Leute seien, so lange der Letztere an dem Bündniß mit Barnell festhalte. Gladstone und Lord Rosebery hätten den liberalen Unionisten kürzlich mitgetheilt, daß die Zeit der Nachsicht vorübergehe. Er, Hartington, sehe nicht ein, daß Lord Rosebery jemals habe Nachsicht üben müssen. Die liberalen Unionisten hatten um ihre Siege im Parlament zu kämpfen, und sie verdankten sie sicherlich nicht der Nachsicht der Liberalen. Die Unionisten betrachteten die jetzige Regierung nicht als eine Toryregierung. Es handle sich jetzt um höhere Fragen als Parteifragen, nämlich um die Erhaltung der Union zwischen Großbritannien und Irland. Das Ministerium habe sich bei der Uebnahme der Regierung verpflichtet, alle Parteigrundsätze der Erreichung des einen Zieles unterzuordnen, und dazu wären auch die liberalen Unionisten bereit. Gladstone habe darüber geklagt, daß die liberalen Unionisten nicht in solchen Angelegenheiten, in welchen alle Liberalen übereinstimmen, mit den Anhängern Gladstone's zusammen handelten. So lange die Letzteren mit den Bannelliten durch Dick und Dünn gingen, sei an ein Zusammenwirken nicht zu denken. Gladstone's Borgehen in der letzten Zeit sei unerhört. Derselbe habe sogar nicht angestanden, zu erklären, daß das jetzige Parlament die Wünsche und den Willen der Massen des Volkes nicht vertritt, sondern nur den der Klassen. Man sage, daß der Zweck der Verbrechenbill politischer Natur

sei und es sich bei derselben gar nicht sowohl um Unterdrückung von Verbrechen handle. Vor wenigen Monaten noch habe Gladstone selbst einiger Bestimmungen der Akte nicht entzehen können. Das irische Volk sei zur Selbstregierung noch nicht reif. Die dem Parlament vorliegende Verbrechenbill richte ihre Spitze nicht gegen die Nationalalliga als politischen Verein. Die Nationalalliga sei viel mehr als das, nämlich eine Organisation, welche eine Nebenregierung Irlands erstrebe. Im britischen Reich sei kein Platz für zwei Regierungen oder für zwei Exekutiven. — Die Freunde Gladstone's wiederum suchen den üblen Eindruck, welchen die „Times“-Artikel gegen Bannell und Dillon hervorgerufen haben, mit der Bemerkung abzuschwächen, daß ja nicht das Geringste erwiesen sei. Wie werde Gladstone sich zu einer Verbindung mit Deuten hergeben, die er nicht für völlig ehrenhaft halte. Es ist sogar das Gerücht verbreitet, Gladstone wolle den Bannelliten eine förmliche öffentliche Ehrenerklärung ausstellen: es heißt, die Führer der Gladstone'schen Partei würden ein Manifest veröffentlichen, in welchem sie die Ueberzeugung aussprechen, daß die Anklagen gegen die irische Partei ungerecht seien und daß kein Grund vorliege, mit den Bannelliten nicht zusammenzugehen. Sicher ist, daß Gladstone persönlich kein Bedenken tragen würde, eine solche Erklärung zu geben; dagegen tragen manche von seinen politischen Freunden doch Bedenken, sich noch fester als bisher an die Bannelliten zu fetten, und deshalb wird vielleicht das Manifest nicht das Licht der Welt erblicken.

Bei der gestrigen Wiedereröffnung der französischen Kammer mußte in der Deputirtenkammer zuvörderst die Frage entschieden werden, ob das Militärgesetz oder die Zuckersteuervorlage den Vortritt haben solle. Bei ihrer Vertagung vor den Osterferien hatte die Kammer beschlossen, auf die Tagesordnung ihrer nächsten Sitzung die Berathung der vom Armeeausschusse angenommenen zwei ersten Titel des Boulanger'schen Militärgesetzes zu setzen. Es sollte nach endlich die längst angekündigte große Debatte über den Plan einer neuen Organisation des französischen Heeres eröffnet werden, der nach vielen Umgestaltungen im Laufe mehrerer Jahre unter Boulanger's Händen mehr und mehr einen demokratischen Zug angenommen hat. Es sind auch bereits mehr als dreißig Abgeordnete in die Redeliste für den Boulanger'schen Gesetzentwurf eingetragen. Wie die Vorlage aber an sich nicht ohne Widerspruch geblieben ist, der namentlich von den gemäßigten Republikanern ausging, so wurde auch die Anberaumung der Berathung auf den gegenwärtigen Augenblick von verschiedenen Seiten und aus verschiedenen Gründen bekämpft. Die Einen erklärten eine vorüberige Entscheidung des Konfliktes zwischen der Budgetkommission und dem Ministerium für notwendig, damit bei einem etwaigen Rücktritt des Kabinetts die Berathung der Heeresvorlage sich nicht als Zeitvergeudung herausstelle, die Anderen halten den gegenwärtigen Zeitpunkt für die Berathung aus allgemeinen politischen Gründen nicht geeignet, da, wie das „Journal des Débats“ sich ausdrückt, die Zeit sehr schlecht gewählt sei, „um ein Werkzeug zum Ausbessern zu geben, wo jeder Tag die Gelegenheit bringen könnte, davon Gebrauch zu machen“. Die Budgetkommission beantragte einstimmig, die Zuckersteuervorlage vor dem Armeegesetz zu beraten, während die Armeekommission auf der sofortigen Berathung des letzteren bestand. Mit 297 gegen 227 Stimmen hat die Kammer nun gestern den Antrag der Armeekommission verworfen und der Zuckersteuervorlage den Vorrang vor dem Militärgesetz gegeben. Der Kriegsminister verließ nach dieser Abstimmung die Kammer, in der er einstweilen nichts mehr zu thun hatte. Es ist das einzige Mitglied des Kabinetts, welches der Kammerbeschluß berührt, da die anderen Minister sich in der Streitfrage, welche von beiden Vorlagen zuerst an die Reihe kommen soll, neutral verhielten. Vielleicht entscheidend die Budgetkommission, auf deren Antrag der Zuckersteuervorlage die erste Stelle eingeräumt worden ist, den Kriegsminister für diesen Entschluß durch die Annahme seiner Mobilisierungsvorlage. Die Boulanger'sche Mobilisierungsvorlage verlangt einen Kredit von 4,900,000 Franken. Nach der Verwendung der zu gleichem Zwecke im ordentlichen Budget vorgesehenen Summe beschränkt sich die Nachtragsforderung auf 3,600,000 Franken. Die Vorlage verlangt außerdem einen Kredit von 100,000 Franken für die Einrichtung einer Abtheilung technischer Arbeiter für den Bau militärischer Feldbefestigungen. Nach den Motiven zu dem Gesetzentwurf bezeichnen als Maximum der Einberufungsdauer 12 Tage für die Reservisten und 10 Tage für die Territorialarmee festgesetzt. Das Exposé bestätigt, daß die Mobilisierung im Oktober bei einem Armeecorps im Westen oder Süden stattfinden soll, um dadurch zu zeigen, daß es sich lediglich um einen Versuch handelt. Politische Bedenken gegen den Mobilisierungsversuch wälten deswegen wohl auch nicht ob; es fragt sich nur, ob die Kammer angesichts der finanziellen Nothlage das Experiment für notwendig hält.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 10. Mai.

Der Reichstag trat heute in die erste Berathung des Gesetzentwurfs, die Besteuerung des Branntweins betreffend, ein. Bundesbevollmächtigter preussischer Finanzminister v. Scholz führt aus, die Grundgedanken des vorjährigen Eventualentwurfs in Beibehaltung der Maßschottigsteuer und der Branntweinalkoholsteuer neben Einführung einer Verbrauchsabgabe seien im vorliegenden Entwurf dieselben geblieben. Die hauptsächlichste Abweichung bestehe in der Verschiedenheit des finanziellen Effekts. Der Eventualantrag habe bei progressiver Erhebung der Verbrauchsabgaben 210 Millionen Reinertrag in Aussicht genommen. Der vorliegende Entwurf beziffere den Reinertrag auf nahezu hundert Millionen, die Regierung hoffe, der Entwurf werde eine baldige fördernde und abschließende Einigung über die schwierige Frage ermöglichen und werde sich mit ihm ein Erfolg ermöglichen lassen. Der Minister schildert die Nothwendigkeit der Erhöhung der Reichseinnahmen und bezeichnet den gegenwärtigen Stand der Reichsfinanzen als Schwäche, die, wenn man sie nicht heben wollte, sehr wenig harmonischen würde mit der Fürsorge, die andererseits für die Sicherheit des Vaterlandes beklundet werde. Die Annahme des Gesetzes werde dazu beitragen, die Sicherheit des Reiches nach außen zu erhöhen. Die zweite wesentliche Aenderung gegen den früheren Entwurf bestehe in der größeren Rücksichtnahme auf die Interessen der Landwirtschaft, welche durch den vorliegenden Entwurf zugleich gekräftigt und geschützt werden soll. Mit Unrecht habe man gesagt, daß eine Differenz zwischen 50 und 70 Pfennig ein Geschenk von vierzig Millionen für die Brennereien bedeuten würde, dieselbe würde dagegen eine für die Brenner günstige Preisbildung herbeiführen; diesen Erfolg müssen wir wünschen, um der Kultur des östlichen Preussens die gefährdete Landwirtschaft zu erhalten. Der Bundesrath erwog reichlich die Frage, ob der Entwurf derartig beschaffen sei, daß auch die süddeutschen Staaten sich der norddeutschen Branntweinsteuergemeinschaft anschließen könnten, ohne daß die süddeutschen Brennereien resp. die süddeutsche Landwirtschaft dabei geschädigt würden. Der Bundesrath habe die Frage in günstigem Sinne beantwortet. Keine politische Partei, die über eine bloße Negation hinausgehe, werde der Landwirtschaft ihren Schutz, ebenso wenig aber der finanziellen Förderung des Reiches ihre Mitarbeit verweigern. Die Tage einer Partei, die das thun wollte, würden gezählt sein. Der Minister erörtert die einzelnen Bestimmungen und bezeichnet als weiteren Vorzug, daß der Entwurf abweichend vom Eventualentwurf, der eine Ermäßigung der Maßschottigsteuer vorgeschlagen hatte, nach bewährtem bayerischem System eine Reform der Steuer in Aussicht genommen habe. Die Einführung einer fakultativen Fabriksteuer werde vielen Klagen abhelfen; zwar werde den gewerblichen Brennereien einige Schwierigkeit bereitet, doch könne auf dieselben im Gesamtinteresse nicht zu große Rücksicht genommen werden. Mit zum Schutze der Brennereien beabsichtigten Schutzmaßnahmen würden sich auch Retikulanten und Händler befreunden können. Der Minister stellt schließlich das möglichste weitere Entgegenkommen der Regierung in Aussicht, hofft von der Mehrheit des Hauses und der Kommission, daß es gelingen werde, zu einem befriedigenden Resultate zu gelangen.

Abg. Gamp (Reichspartei) spricht namens seiner Partei die Zustimmung zu der Vorlage im Großen und Ganzen aus und widerlegt die verschiedenen Einwände der gegnerischen Presse. Redner hofft, daß man bezüglich des Gesetzes angesichts der richtigen Grundlagen desselben bald zu einer Verständigung gelangen werde, wenn auch im Einzelnen mancherlei Verbesserungen wünschenswerth seien. Hier werde die Kommission wohl das Richtige finden. Redner beleuchtet sodann die verschiedenen Regierungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Steuererhebung unter Auseinandersetzung mit den gegnerischen Parteien. Für die Reichsaufgaben sei auf dem Wege direkter Steuern nichts zu erreichen; das jetzt zu Erhoffende werde meist durch das Bedürfniß der Militärverwaltung absorbiert, weiter erforderliche Mittel für die Sozialreform dürften durch anderweitige Besteuerung des Zuckers und des Bieres zu beschaffen sein. Abg. Spahn (Zentrum) betont, seine Partei sei nicht gegen höhere Erträge aus der Branntweinsteuer, die Partei habe früher schon 25 Pf. bewilligen wollen. Gegen die Vorlage hege sie indessen schwere Bedenken. Die Höhe der Steuer ruiniere das Brennereigewerbe; ebenso bedenklich sei die Maßschottigsteuer, welche viele Existenzen vernichten werde. Man müsse versuchen, in der Kommission diese Bedenken zu beilagen oder zu mildern. Redner beantragt deshalb Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Abg. Dechelhäuser (während dessen Rede Reichsanwalt Fürst Bismarck erscheint) betont die Nothwendigkeit vermehrter Reichseinnahmen und beleuchtet die Vorzüge der gegenwärtigen Vorlage gegenüber dem vorjährigen Eventualentwurf; besonders annehmbar sei die milde Form der Kontingentierung, dagegen sei die im Entwurf statuirte verschiedenartige Behandlung der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Brennereien in Bezug auf die Maßschottigsteuer durchaus bedenklich; ob sich bezüglich der Maßschottigsteuer eine Einigung mit Süddeutschland herbeiführen lasse, sei fraglich, es würde sich empfehlen, diese Frage offen zu lassen, bis eine Vereinbarung bezüglich der Bierbesteuerung erreicht sei; der vorgeschlagene Steuerfuß von 50 Pfennig sei gering zu nennen gegenüber demjenigen in Frankreich, Amerika u. s. w.; hinsichtlich des Differentialfußes von 70 Pfennig stehe man jedoch vor einem Robum, bezüglich dessen sich ein abschließendes Urtheil nicht fällen lasse. Die Befreiung etwaiger Mißstände werde die nach je drei Jahren wiederkehrende Revision des Gesetzes bewirken. Redner befürwortet übrigens gleichfalls Kommissionsberathung.

Bundesbevollmächtigter königl. bayerischer Finanzminister von Riedel hält sich im Gesamtinteresse des deutschen Vaterlandes für verpflichtet, in dieser Sache für die Vorlage das Wort zu nehmen. Man möge daraus nicht schließen, daß Bayern gewillt sei, sein Reservatrecht aufzugeben. Für Bayern liegt der Schwerpunkt in der Frage, ob die bayerischen Brenner in die



Brantweinsteuerergemeinschaft eintreten sollen oder nicht. Die Beantwortung dieser Frage hänge davon ab, ob das vorliegende Gesetz sich derart gestalten werde, daß die Existenz der bayerischen Brennereien dadurch nicht beeinträchtigt werde. Es handle sich um 6000 Brenner, deren Interessen man ebenso Rücksicht schuldig sei, wie der Kultur des Landes. Er verlange keine Vergünstigung für die süddeutschen Brenner, aber durch Gesetz müsse vorgelesen werden, daß die norddeutschen Brennereien infolge ihrer günstigeren Verhältnisse den süddeutschen Brenner nicht unterdrücken. Der Minister weist nach, daß der süddeutsche Brenner unter der heutigen Konjunktur bereits Einbuße gegenüber dem norddeutschen erleidet. Der Umstand sei nicht zu übersehen, daß der Brennerbetrieb schon lange die schwere steuerliche Schranke trage. Die eigenartige Natur der landwirtschaftlichen Brennereien erfordere große Vorsicht in Bezug auf weitere Erhöhungen der Brantweinsteuer. Der Entwurf verlange daher eine sehr eingehende Prüfung. Der Minister schließt mit dem Wunsche, daß das Botum des Hauses über den Entwurf zum Heile Deutschlands ausfallen möge.

Der württembergische Bevollmächtigte beim Bundesrath, Staatsrath v. Schmid, führt aus, daß der vorliegende Gesetzentwurf den Intentionen der württembergischen Regierung entgegenkomme. Besonders erfreulich sei, daß durch diese Gemeinschaft ein neues Band um das ganze Deutschland geschlungen werden solle. Man möge die Wirkung dieser erfreulichen Erscheinung aber nicht durch Einzelbestimmungen beeinträchtigen.

Abg. W. v. C. (Bole) betont die Hoffnung, daß das Gesetz zu Stande kommen und die schwerwiegenden Bedenken in der Kommission ihre Lösung finden werden.

Abg. Hasenclever (Sozialist) befürchtet, daß durch den Entwurf der Brantwein nicht nur vertheuert, sondern auch verschlechtert werden würde. Es handle sich hier um einen Kampf zwischen Mobilien- und Immobilienkapital und die Kosten dieses Kampfes solle die arme Bevölkerung tragen.

Abg. Grad (Kaffee) spricht für die Vorlage, wünscht aber, daß die Regierung die elsaß-lothringischen Brennereien, die durchweg kleinerer Natur seien, gegen die Konkurrenz der größeren besser schützen möchte.

Abg. Witte könnte sich für eine Reform der Brantweinsteuer wohl entscheiden, immer aber müßte sie gipfeln in einer Enttarnung der Maisdraumsteuer und Ersetzung derselben durch die Fabriksteuer. Hauptsächlich werde die Vorlage in der Kommission den deutschfreisinnigen Wünschen entsprechend umgestaltet werden. Sollte das nicht der Fall sein, so wird seine Partei gegen das ganze Gesetz stimmen.

Die weitere Beratung wird auf Mittwoch 1 Uhr vertagt und außerdem die Novelle zur Gewerbeordnung auf die Tagesordnung gesetzt.

### Deutschland.

\* Berlin, 10. Mai. Seine Majestät der Kaiser ließ sich Vormittags mehrere Vorträge erstatten, begab sich um 10<sup>1/2</sup> Uhr nach dem Tempelhofer Felde zur Besichtigung des 3. Garde-Regiments und des Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiments und nahm daselbst eine Reihe militärischer Meldungen entgegen. Nach der Rückkehr in's Palais konferirte der Kaiser mit dem Chef des Militärkabinetts, General v. Albedyll, und empfing Nachmittags den Staatsminister v. Bötticher.

Auf der Tagesordnung der am Donnerstag stattfindenden Plenarsitzung des Bundesraths steht der Gesetzentwurf über die Besteuerung des Zuckers.

Der Gesamtvorstand des Reichstages hat beschlossen, eine Einladung der städtischen Behörden Dresdens zur Besichtigung der dortigen Gartenbauausstellung anzunehmen. Der Vorstand wird wahrscheinlich nächsten Samstag der Einladung Folge leisten.

Die Kommission des Reichstags zur Vorberatung des Gesetzentwurfs betreffend die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen hat in der zweiten Lesung § 174 des Gerichtsverfassungsgesetzes nach der Regierungsvorlage angenommen: „Die Verkündung der Urtheilsformel erfolgt in jedem Fall öffentlich.“ Absatz 2 des § 175 erhielt folgende Fassung: „Das Gericht kann den anwesenden Personen die Geheimhaltung der durch die Verhandlung, durch die Anklageschrift oder durch amtliche Schriftstücke des Prozesses zu ihrer Kenntniß gelangten Thatfachen oder eines Theiles derselben zur Pflicht machen, sofern das Gericht von dem Bekanntwerden dieser Thatfachen eine Gefährdung der Sicherheit des Reiches oder eines Bundesstaates befürchtet. Der Beschluß ist in das Sitzungsprotokoll aufzunehmen.“

Bei der gegen den Reichstagsabgeordneten Charles Grad eingeleiteten strafrechtlichen Verfolgung handelt es sich, wie verlautet, um Äußerungen, die derselbe in Wahlverfammlungen in Bezug auf Militärpersonen gethan hatte.

Das Abgeordnetenhaus nahm den Gesetzentwurf über das Bergwerkseigentum in den ehemals hess. Gebiets-theilen in dritter Lesung unverändert, ferner den Gesetzentwurf über den Verkehr auf den Kunststraßen in zweiter Lesung mit unerheblichen Aenderungen und die Landgüterordnung für Kassel in zweiter Lesung nach den Kommissionsanträgen an. Darauf wurden Petitionen ohne allgemeines Interesse erledigt.

Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts verurtheilte den Redakteur der „Freisinnigen Zeitung“, Emil Barth, wegen Verleumdung des Fürsten Bismarck, begangen in einem „Der Kriegslärm der Reptilienpresse“ betitelten Artikel der „Freisinnigen Zeitung“, zu vierwöchentlichem Gefängniß.

### Frankreich.

Paris, 10. Mai. Die heutige Eröffnung des Parlaments hatte nur wenig Bewegung in und um das Palais Royal verursacht. Auch in den Wandelgängen war unter den Deputirten keine Aufregung zu verspüren, da man der Ansicht ist, daß ein Konflikt zwischen dem Budgetausschuß und der Regierung vermieden werde. Wolffs Bureau meldet, die Pariser Blätter seien der Ansicht, daß der letzte Beschluß des Budgetausschusses zwar eine Annäherung zeige, die Lage jedoch immerhin so sehr gespannt bleibe, daß eine Verlängerung derselben den Rücktritt des Kabinetts oder des Ausschusses nach sich

ziehen könnte. Der Ministerpräsident Goblet wird morgen eine Beratung mit dem Ausschusse haben. Gleich nach der Eröffnung der Sitzung der Deputirtenkammer legte Kriegsminister Boulanger den Gesetzentwurf betreffend die Kreditbewilligung für die probeweise Mobilmachung vor. Die Vorlage wird an den Budgetausschuß verwiesen. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Militär-gesetzes. Wilson ersucht, vorerst die Beratung des Zuckergesetzes vorzunehmen. Wahy stellt dem gegenüber den Antrag, daß das Militärgesetz zuerst beraten werde; der Antrag Wahy wird mit 297 gegen 227 St. verworfen. Das Haus tritt sofort in die Beratung der Zuckervorlage ein. Der Kriegsminister, General Boulanger, verläßt den Saal. Der erste Entwurf, wonach sofort eine Zuschlagstaxe von 10 Frcs. für 100 Kilo Zucker aller Gattung und jeden Ursprungs eingeführt werden soll, wird angenommen. Dieser Zuschlag soll jährlich 20 Millionen einbringen. Die Beratung des zweiten Entwurfs wird auf die Tagesordnung für Donnerstag gesetzt. — Der Senat trat nur zu kurzer Sitzung zusammen und vertagte sich, nachdem die nächste Tagesordnung festgesetzt worden war, bis auf Donnerstag. — Der Direktor des Edeutheaters, Lamouroux, wird gegen die Blätter „France“ und „Patrie“ gerichtlich klagen und jedes Blatt zur Zahlung von 50,000 Frcs. Schadenersatz auffordern.

Nach einer soeben durch den Marineminister Aube ausgegebenen Liste besteht der aktive Theil der französischen Flotte aus 360 Kampfschiffen, und zwar 22 Panzerkreuzern, 10 Panzerkreuzern, 11 Panzerkreuzern, 4 Panzerkreuzern, 10 Batterieschiffen, 9 Kreuzern erster, 15 Kreuzern zweiter, 18 Kreuzern dritter Klasse, 3 Torpedokreuzern, 16 Aviso erster, 26 Aviso zweiter, 5 Aviso dritter Klasse, 14 Transportschiffe, 2 Torpedoschiffe, 20 Kanonenboote, 42 Kanonenschaluppen, 1 Kanonenponton, 9 Hochsektorboote, 68 Torpedoboote, 26 Transportschiffe, 16 Segelschiffe, 3 Schulschiffe. Zu diesen 360 Kampfschiffen, zu welchen eigentlich die Schulschiffe kaum zu rechnen sind, treten weitere 60 Fahrzeuge noch hinzu, welche theils noch auf der Werft liegen, theils bereits vom Stapel gelassen sind, nämlich 2 Panzerkreuzerboote, 1 Torpedokreuzer, 2 Aviso, 2 Transportschiffe und 68 Torpedoboote, so daß die gesammte Flotte 420 Schiffe zählt. Von dieser Summe sind bereits 67 zur Ausmusterung bestimmt, und zwar für das Jahr 1887 18. Da aber auch der Rest kaum noch als kriegstüchtig bezeichnet werden kann, so ist die Stärke der französischen Flotte nur zu 353 Schiffen zu berechnen.

Die „Korrespondenz“ bringt über die Gemeinderatswahl in Aachen folgende genauere Angaben: „Von den achtzig Pariser Stadtvierteln haben bloß in fünfzig die Wahlen ein endgültiges Ergebnis geliefert. In den übrigen dreißig muß zur Stichwahl geschritten werden. Die fünfzig endgültig Erwählten zertheilen sich wie folgt: 32 radikale Autonomisten, 3 republikanische Autonomisten, 6 revolutionäre Sozialisten und 10 Konservative. Die Sozialisten haben dabei bis jetzt einen Sieg gewonnen, die Reaktionäre ihre Stellung behauptet. Nur die Anti-Autonomisten sind merklich zurückgeblieben. In den Stadtvierteln, wo die Stichwahl stattfinden wird, stehen an der Spitze 10 radikale Autonomisten, 15 republikanische Anti-Autonomisten, 3 revolutionäre Sozialisten und 2 Konservative. In jedem Fall wird der neue Rath sich nur wenig von dem vorhergehenden unterscheiden. In den acht Kantonen des Seinedepartements, worin die dem Munizipalrath beizufügenden Mitglieder zur Bildung des Departementraths erwählt werden sollten, sind sechs Wahlen zum endgültigen Ergebnis gekommen. In zwei derselben muß zur Stichwahl geschritten werden.“

### Italien.

Rom, 9. Mai. Im Allgemeinen wird die Erklärung des Ministerpräsidenten Depretis über die spanische Erwerbung an der Westküste des Rothen Meeres hier günstig aufgefaßt und man erwartet keine Komplikationen, obgleich die Lage des von den Spaniern in Besitz genommenen Punktes doch keineswegs genau bestimmt ist. Nur der „Diritto“ zeigt sich beunruhigt ob des Zwischenfalls und rüth, den Spaniern, welche den neuen Hafenplatz im Rothen Meere mit Rücksicht auf ihre Schifffahrt nach den Philippinen gründen wollen, alle nur möglichen guten Dienste zu leisten, um eine eigene Ansiedelung Spaniens unmöglich zu machen. Der „Diritto“ scheint aber selbst nicht recht daran zu glauben, daß die spanische Regierung sich auf einen solchen Handel einlassen wird und in seinem Aergere folgt er, wie dem „Frankf. Journ.“ von hier geschrieben wird, einer alten Gewohnheit, indem er — Deutschland verdächtig, hinter Spanien zu stecken. Die Lächerlichkeit einer derartigen Behauptung wird in der Regierungspresse gebührend gewürdigt. — Parallel mit den diplomatischen Bemühungen um die Befreiung des Grafen Savoiron aus der Gefangenschaft des Kas-Mula laufen Anstrengungen der Familie des Grafen. Baron Solarali, Oheim des Grafen Savoiron, ist als Abgeandter der Familie des Letzteren dieser Tage in Massanah eingetroffen, um zu versuchen, ob er seinen Neffen nicht aus den Händen der Abhijiner retten könne. Baron Solarali hat sich auf ein ganz ansehnliches Lösegeld gerüthet. Er brachte 27,000 Mariathereinthaler, 200,000 Fr. in Gold und Papier und eine weitere Anweisung von 100,000 Fr. auf ein Haus in Massanah mit. — Die Verhängung des Belagerungszustandes über Massanah und einen Theil der Westküste des Rothen Meeres durch den General Saletta zeigt schon ihre Wirkungen. Mehrere Hauptlinge des benachbarten Volksstammes der Assantiner sind zu Saletta gekommen, um ihm ihre Freundschaft anzubieten. Was den Plan zu dem im Herbst zu gewärtigen Feldzug gegen den Negus anbelangt, so geht das — allerdings noch unbestimmte — Gerücht, die Regierung unterhandle mit dem englischen Kabinet, um den freien Durchzug eines Truppencorps durch Zeila zu erwirken, welches mit den Kriegsscharen des Königs von Schoa sich vereinigen und gegen den schwarzen Monarchen kämpfen soll. Binnen kurzem sollen wiederum zwei Infanteriebataillone und ein Verajagierbataillon mit einer namhaften Anzahl von Geschützen nach Afrika ab-

gehen; die Regierung soll auch mit der Genueser Schifffahrtsgesellschaft La Veloce wegen Vermietung von 10 großen Dampfern zum Transport eines Truppencorps in Unterhandlung getreten sein.

### Portugal.

Lissabon, 10. Mai. Großes und peinliches Aufsehen erregt hier ein thätlicher Angriff eines Marine-offiziers auf den Marineminister. Der Schiffslieutenant und Deputirte Ferrera-Alida hat in einem Wortwechsel mit dem Marineminister den letzteren geohrfeigt. Ferrera-Alida, welcher übrigens als Deputirter der ministeriellen Partei angehört, wurde verhaftet und an Bord eines Kriegsschiffs gebracht. Nach portugiesischen Gesetzen müßte die That mit dem Tode bestraft werden.

### Großbritannien.

London, 10. Mai. Im Unterhaus begann die Debatte über Art. 1 der irischen Strafrechtsbill gestern Nachmittag um 5 Uhr und wurde bis heute früh halb 5 Uhr fortgesetzt. Schließlich wurde der erste Abschnitt des Art. 1 mittelst Debattenschlusses erledigt und hierauf die Debatte vertagt. Der Bradlaugh'sche Antrag, wonach statt der Ableitung eines förmlichen Eides im Parlament und vor Gericht eine eidesstattliche Versicherung zulässig sein soll, wurde in zweiter Lesung gleichfalls mehrere Stunden beraten. Schließlich wurde die Erörterung vertagt. — Der Sekretär für die Kolonien theilte mit, die Kolonialkonferenz habe den Gesetzentwurf der Regierung, betreffend die Verwaltung Neu-Guineas, gebilligt, es sei jedoch die Sanction seitens der kolonialen Regierungen und der Legislaturen erforderlich und deshalb unerwünscht, schon jetzt Details mitzutheilen; die Interessen der Eingeborenen seien völlig geschützt.

Der „Standard“ schreibt zu der Frage, was im Falle des Abbruchs der Verhandlungen über die afghanische Grenzfrage in St. Petersburg geschehen soll: „Es wird allmählich völlig klar, daß die Verhandlungen über die Grenze zwischen Afghanistan und Rußland im Distrikt Khodschah-Saleh keine wesentlichen Fortschritte machen. Der Rath, daß die Streitfrage durch eine Abtheilung Afghanitans zwischen England und Rußland entschieden werden sollte, ist nicht neu. Ebensovienig ist der Vorschlag neu, daß die beiden Mächte ein gemeinsames Protektorat über das Reich des Emirs ausüben sollen. Unter Land kann aber nicht an einem Beginnen teilnehmen, welches jeden Anlaß entbehrt und ebenso unpolitisch wäre. Wie auch immer die innere Lage Afghanitans sein und welche Schwierigkeit der Emir haben mag, die Eiferucht seiner vielen nominellen Unterthanen zu unterdrücken, so hat doch die Erfahrung gezeigt, daß die vereinigten Stämme, welche er regiert, einander freundschaftlich genug und gegen jeden Herrscher Afghanitans treu genug gekannt sind, um mit Muth und Fanatismus jeder fremden Invasion zu begegnen. Die indische Regierung hat keine Gile, eine neue kühnliche und gefährliche Expedition auszuarücken, um ein hartes, unbezähmbares Volk zu bezwingen, vielleicht mit Erfolg, aber ohne Vortheil, falls Rußland wünscht, die Afghanen mit Krieg zu unterjochen, so wünschen wir ihm viel Vergnügen bei diesem Unternehmen. Wir zweifeln sehr daran, ob alle militärischen Hilfsmitteln Rußlands, so groß sie in Europa sein mögen, genügen würden, um eine so wohlorganisirte Expedition, wie sie unter dem Befehl Sir Frederik Roberts stand, in's Feld zu stellen. Auf alle Fälle ist es nicht unsers Amtes, das Odium und die Unpopulartät zu theilen, welche Rußland jeder Versuch kosten würde, die Unabhängigkeit Afghanitans anzutasten. Unsere Stellung ist unangenehm, so lange als wir die Afghanen nicht reizen. Wenn wir keine friedliche Regelung der Grenze erlangen können, so sind die Afghanen berechtigt, die Grenze, welche sie für die richtige halten, zu verteidigen. Nehmen die Russen ihre Zuflucht zur Gewalt, so werden sie die Folgen zu tragen haben.“ Das klingt sehr resignirt.

### Amerika.

New-York, 10. Mai. Seine Königl. Hoheit Prinz Friedrich Leopold von Preußen ist gestern hier angekommen und wird auf dem Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Eider“ die Rückreise von hier nach Deutschland antreten.

## Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 11. Mai.

Ihre Königl. Hoheiten der Großherzogin und die Großherzogin waren gestern von früh 1/2 10 Uhr bis Abends 9 Uhr 45 Minuten mit Ihrer Königl. Hoheit der Kronprinzessin Victoria in Frankfurt a. M. vereint, während Höchstihre Enkel, begleitet von Ihrer Exzellenz der Oberhofmeisterin Frau von Hofling und dem Hofmarschall Grafen Anblaw, um 8 Uhr Abends in Karlsruhe eintrafen und die Wohnung im Großherzoglichen Schlosse bezogen.

Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Ludwig Wilhelm traf gestern Nachmittag ebenfalls in Frankfurt ein und kehrte Abends mit Seinen Hohen Eltern bis Heidelberg zurück.

Ihre Königl. Hoheit die Kronprinzessin bleibt heute noch in Frankfurt und reist morgen früh 6 Uhr nach Franzensbad zum Gebrauch einer Baderkur voraussichtlich für vier Wochen, wonach Höchstieselbe hierher zu kommen beabsichtigt.

Heute Vormittag um 1/2 11 Uhr bis Nachmittags 3 Uhr ertheilte der Großherzog den nachbenannten Personen Audienz: dem Postdirektor a. D. Kies von Pforzheim, dem Strafanklagsgeistlichen Pfarrer Krauß von Freiburg, dem Stadtrath Ways und dem Apotheker Leimbach von Heidelberg, dem Betriebsinspektor Becht von Offenburg, dem Oberingenieur Fieser, dem Medizinalrath Dr. Stehberger, dem Dampfschiffahrts-Direktor Kefler und dem Kommerzienrath Engelhorn von Mannheim, den Gymnasiumsdirektoren Bender von Freiburg und Dr. Olier von Rastatt, dem Geheimen Regierungsrath Freiherrn von Rüdiger von Bruchsal, dem Stadtpfarrer Dekan Berg, dem Hofrath Professor Dr. Just, dem Geheimen Regierungsrath von Preen, dem Geheimen Referendar Ströbe,



dem Rechnungsrath Bürger, dem Stadtrath Engelhardt, dem Medizinalrath Salzer, dem Gutsbesitzer Reiff, dem Schulfondsverwalter Oberrechnungsrath Reiff, dem Geheimen Regierungsrath Schmidt, dem Landgerichtsrath Weizel, dem Geheimen Referendar Maurer, dem Maler Gleichauf, dem Landgerichtsrath Dr. Hauser und dem Verwaltungsrath von Feder, sämmtlich von hier.

Gegen 11 Uhr unterbrach Seine Königliche Hoheit die Audienz, um Seine Hoheit den Prinzen Hermann von Sachsen-Weimar zu empfangen, Höchstwelder von Baden-Baden kommend einige Stunden hier verweilte und dann nach Stuttgart weiterreiste.

Außerdem nahm der Großherzog noch die Meldung des Generalmajors Jacobi, Inspektor der 4. Feld-Artillerie-Inspektion, bisher Kommandeur der 15. Feld-Artillerie-Brigade, entgegen.

Nachmittags gegen 4 Uhr folgte Seine Königliche Hoheit der Einladung des Verwaltungsraths der Kleinleibnizbewahranstalt zur Feier des 50jährigen Jubiläums dieser Anstalt in dem großen Saale der Festhalle, wo Höchstwelder dem Rebecke anwohnte.

Später nahm der Großherzog den Vortrag des Legationssekretärs Freiherrn von Babo entgegen.

Ihre Königlichen Hoheiten der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin sind gestern bei schönstem Wetter wohlbehalten in Genoa eingetroffen und wollten heute nach Mailand weiterreisen.

\* (Das Verordnungsblatt der Generaldirektion der Großh. Bad. Staatsbahnen) Nr. 23 enthält eine allgemeine Verfügung bezüglich der Aufgabe von Flüssigkeiten in Glasflaschen, ferner sonstige Bekanntmachungen, betreffend die Anwärter für Billetausgeberstellen, das Wiedererlangen bei Frankfurt a. M., den Gepäckschlag auf Station Bad. Bahnhof, die Organisation des Telegraphendienstes, Mittheilungen über auswärtige Verwaltungen, aufgefundenes Geld, die Mittheilung von Todes- und Medaillenverleihungen, Dienstnachrichten und Anzeige von Todesfällen.

Geld wurde aufgefunden: am 19. April im Bereiche des Bahnhofes zu Radolfzell ein Geldtäschchen mit 288 M. 50 Pf.

\* Die Kleinleibniz-Bewahranstalt in Karlsruhe feierte am heutigen Tage das Fest ihres halbhundertjährigen Bestehens. Die Vormittags im Anstaltsgebäude stattgefundene Feier wurde durch die persönliche Theilnahme Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin an derselben ausgezeichnet. Näherer Bericht folgt.

\* Mannheim, 11. Mai. (Stenographenverein.) In diesem Jahre findet die Wanderversammlung süddeutscher Stenographen in Mannheim statt, und zwar am Sonntag 5. Juni. Wie wir hören, soll das Programm zu dieser Feier ein äußerst gewähltes werden. Sämmtliche Festlichkeiten finden im Stadtpark statt und dürfte den auswärtigen Stenographen, deren Theilnahme eine große zu werden verspricht, ein genußreicher Tag in Mannheim bereitet werden. Nach den Verhandlungen werden die Jünger Gabelsberg's die Besichtigung der Rhein- und Neckarhöhenanlagen, mittelst Dampfer und unter Musikkapelle, vornehmen, und Abends zu einem feierlichen Kommerz im Stadtpark sich wieder vereinigen, wobei, wie wir erfahren, der Mannheimer Männergesangverein „Arión“, dem verschiedene Mitglieder des hiesigen Stenographenvereins angehören, seine Mitwirkung zugesichert hat. Außer sonstigen Bequemlichkeiten, die der Mannheimer Stenographenverein seinen auswärtigen Kollegen bietet, ist denselben auch freie Fahrt auf der Trambahn eingeräumt. Auf das Programm selbst werden wir noch zurückkommen.

\* (Berichtigung.) In dem letzten Bericht über die Sitzung des Naturwissenschaftlichen Vereins in Nr. 111 d. S. (Beilage Spalte 1 Zeile 6 v. u.) ist statt „Muskelgeräthe“ „Muskelgräten“ zu lesen.

### Der städtische Voranschlag.

× Karlsruhe, 11. Mai. Aus dem nunmehr im Druck fertig gestellten Voranschlag für das Jahr 1887 führen wir folgenden an:

Der Kassenvorrath der Stadtkasse betrug beim 1886 Rechnungsschluß 82,385 M. 54 Pf., worunter als Betriebsfond 51,600 M. enthalten sind.

Die Schulden der Stadt betragen z. Bt. 12,184,000 M., davon sollen im laufenden Jahr zur Heimzahlung kommen 341,900 Mark, worunter 105,000 M. außerordentliche Tilgung aus Anlehensmitteln.

Im Jahr 1886 ergaben sich Mehreinnahmen 122,581 M., worunter insbesondere die Rheineisenbahn mit 29,253 M., Taxen und Gebühren 13,579 M., die Wasserleitung 11,858 M., der Friedhof 10,130 M., die Verbrauchssteuer 15,886 M.

Wenigererinnahmen ergaben sich: vom Gaswerk 45,303 M., bei den Umlagen 30,682 M., auf 75,985 M.

Wenigerausgaben entstanden im Ganzen 76,421 M., dagegen ergaben sich auch Mehrausgaben von zusammen 73,416 M.

An Zinsen für die Anleihen sind zu bezahlen 471,925 M., worunter 93,145 M. Zinsraten für die auf 1. Februar d. J. zur Heimzahlung gekommenen Anleihen. Um diesen Betrag werden sich die anzubringenden Zinsen im nächsten Jahr verringern. Dem Zinsaufwand steht dagegen wieder eine Einnahme an Zinsen von angelegten, zur Zeit nicht zur Verwendung kommenden Anlehensbeträgen im Betrag von 111,731 M. gegenüber.

An Kreisumlagen sind aufzubringen 65,959 M., gegen 1886 mehr 19,422 M.

Der Beitrag der Stadt an den Staat für die Schutzmannschaft beläuft sich auf 54,882 M.

Der Aufwand der städtischen Schulanstalten ist wie folgt angenommen:

Realschule. Aufwand 78,202 M., davon sind durch Schulgeld, Staatsbeitrag und sonstige Einnahmen gedeckt 52,203 M., so daß die Gemeinde noch zuzuschießen hat 25,999 M.

Realschule. Aufwand 62,772 M., gedeckt wie oben sind 38,982 M. — bleibt Zuschuß der Gemeinde 23,790 M. —

Höhere Mädchenschule. Aufwand 60,877 M. — durch Schulgeld, Staatsbeitrag zc. gedeckt 43,150 M. —, verbleibt Zuschuß der Gemeinde 17,727 M.

Gewerbeschule. Aufwand 13,662 M., hieran werden durch Schulgeld und Staatsbeitrag gedeckt 3894 M. — verbleibt Gemeindeforschuß 9768 M.

Handelschule. Aufwand 2770 M., durch Schulgeld werden gedeckt 1784 M., verbleibt Gemeindeforschuß 986 M.

Volksschulen. Aufwand 337,239 M.; davon sind durch Schulgeld und sonstige Einnahmen gedeckt 79,329 M., so daß für die Gemeinde ein Zuschuß von 257,910 M. gegen 236,219 Mark im Jahr 1886 verbleibt.

Der von der Gemeinde für sämmtliche städt. Schulanstalten zu machende Aufwand beziffert sich auf 336,180 M., mehr gegen 1886: 25,692 M.

Vom Friedhof wird das Erträgnis in Folge notwendig werdender Erweiterung der Friedhöfe im Stadttheil Mühlburg und im Osten der Stadt mit einem Aufwand von 13,700 M. unbedeutend sein, es ergeben sich nämlich nur 184 M.

Das städtische Bierordt-Bad erfordert bei 19,000 M. Einnahmen noch einen Zuschuß aus der Stadtkasse von 1681 M., hervorgerufen durch den anhaltenden Rückgang der Einnahmen in Folge der Einrichtung von Hansbädern und durch nicht unbeträchtlichen Aufwand für Dachreparatur in Folge des großen Schneefalles; dagegen ist beim Rheinbad in Maxau eine Ablieferung an die Stadtkasse von 1050 M. angenommen.

Der Stadtpark dürfte 42,900 M. Einnahmen abwerfen und einen Aufwand von 42,364 M. verursachen.

Der Beitrag der Stadt zum Armenaufwand ist zu 152,250 M. gegen 135,376 M. im Jahr 1886 angenommen, mehr 16,874 M. Nicht unbeträchtliche Zuschüsse erfordern die Krankenversicherungskasse 11,902 M. und die Gemeinde-Krankenversicherungskasse 29,643 M., bei beiden mehr gegen 1886 33,252 M.

Beim städtischen Krankenhaus sind die Einnahmen und Ausgaben mit 124,317 M. vorgesehn. Ablieferungen an die Stadtkasse sind zu erwarten: vom Gaswerk 299,200 M., vom Wasserwerk 120,900 M., vom Schlacht- und Viehhof bei zehnmönatlichem Betrieb 28,365 M., von der Rheinbahn 158,342 M., aus den Ueberflüssen der Spar- und Pfanleibkassen 112,346 M. (1886: 132,300 M.).

Der Ertrag von Verbrauchssteuern ist zu 297,701 M. angenommen, nach Abzug von zu leistenden Verbrauchssteuer-Rückvergütungen und Verwaltungsstellen, 70,093 M., verbleiben als Ablieferung 227,608 M.

Die Wirtschaftseinnahmen der Stadtkasse sollen betragen 1,416,324 M. und die Wirtschaftsausgaben 2,048,750 M., es bleiben daher ungedeckt 632,426 M. gegen 492,342 M. im Jahr 1886, welche durch Umlagen aufzubringen sind; diese sollen, wie bereits mitgetheilt, betragen: von den Grund-, Häuser- und Geschäftskapitalien, sowie von den Gemeindefiskusmitteln von 100 M. 31,4 Pf., von den Einkommensteueranschlüssen von 100 M. 94,2 Pf., von den Kapitalrentensteuer-Kapitalien von 100 M. 8,8 Pf. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Umlagerhöhung von 7,4 Pf., welche sich mit 6 Pf. allein schon durch verminderten Kassenvorrath und vermindertes Wirtschaftsguthaben an den Grundstücken von zusammen 121,353 M. ergibt. (1886: Kassenvorrath nach Abzug des Betriebsfonds 39,143 M. und Wirtschaftsguthaben an den Grundstücken 132,144 M., zusammen 171,287 M. 1887: Kassenvorrath 30,785 M. und Wirtschaftsguthaben an den Grundstücken 19,149 M., zusammen 49,934 M., gibt wieder obige 121,353 M.) Der Mehraufwand an Kreisumlagen (19,422 Mark) macht ebenfalls 1 Pf. Umlage aus, ferner der Mehraufwand für die Schulen (25,692 M.) 1/4 Pf. Umlage, die Wenigererinnahme vom Friedhof (110,000 M.) 1/2 Pf. Umlage, der vermehrte Armen- und Krankenversicherungsaufwand (16,874 + 33,252 M., zusammen 50,126 M.) 2 1/2 Pf. Umlage, die Wenigererinnahme von der Stadt. Sparskassen (20,000 M.) 1 Pf. Umlage. Unter den für Schuldentilgung vorgesehnen 341,900 M. sind enthalten für planmäßige Heimzahlung von 1886 Anleihen auf 1. Januar d. J. 24,300 M., welche aus Wirtschaftsmitteln bestritten werden. Dieser Betrag erscheint, da das restliche Anleihen auf 1. Februar d. J. zur Heimzahlung gekommen ist, im nächstjährigen Voranschlag nicht wieder und entspricht für's laufende Jahr einem Umlagebetrag von 1 Pf. Endlich ist das Kapitalrentensteuer-Kapital infolge geänderter Gesetzgebung durch Aufhebung verschiedener größerer Kapitalien gegenüber von 1886 um 15 Millionen geringer, was einem Umlageausfall von 13,000 M. entspricht, diese Summe gibt auch wieder nahezu 1/4 Pf. Umlage.

Im Ganzen gibt dies einen Umlagebetrag von 14 Pf. (auf 20,000 M. kommt 1 Pf. Umlage), dennoch war es möglich, mit einer Umlagerhöhung in weit geringerem Betrag, nämlich 7,4 Pf., auszureichen. Trotz dieser, wie anzunehmen sein dürfte, nur vorübergehenden Erhöhung hat die Stadt Karlsruhe immer noch den niedrigen Umlagefuß, ihr folgt als zweitindeste die Stadt Mannheim mit 34 Pf.

### Verschiedenes.

W. Berlin, 10. Mai. (Die Strafkammer des Landgerichts) verurtheilte den Stationsassistenten Rehrang, welcher beschuldigt war, am 27. September 1886 auf dem hiesigen Potsdamer Bahnhofe durch Pflichtvernachlässigung den Zusammenstoß eines Referenzzugs mit einem in das Geleise hineinreichenden leeren Wagen herbeigeführt zu haben, wobei mehrere Referenzen getödtet oder verletzt wurden, zu einjährigem Gefängnis.

Stuttgart, 10. Mai. (Stadtpost. — Todesfall.) Vor dem Königl. Verwaltungsgerichtshof kam heute die Stadtpostangelegenheit zur Entscheidung. Der Stadtpost war vom Gemeinderath und der Polizei in widerruflicher Weise gestattet worden, ihre Briefkästen im Luftraum der Straßen und öffentlichen Plätze aufzuhängen. Als sich aber ergab, daß binnen kurzer Zeit infolge von Verwechslungen des Publikums über 1000 Sendungen mit Stadtpostwertzeichen in die Staatsbriefkästen eingelegt und in entsprechender Weise Staatspostbriefe in Stadtbriefkästen geworfen und infolge dessen später als sonst expedirt wurden, hob das Ministerium des Innern auf Beschwerde des Ministeriums der Verkehrsanstalten jene Erlaubnis auf und setzte der Stadtpost einen Termin auf Entfernung der Briefkästen aus dem Luftraum der Straßen zc. Die Stadtpost legte hiegegen Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof ein und fand indessen bei einem Theil der Presse und bei den Bürgervereinen Unterstützung, so daß eine Petition von 4000 Unterschriften um Befreiung der Briefkästen zu Stande kam. Der Verwaltungsgerichtshof unter dem Vorsitz des Geheimen Raths v. Wöhl hat nun aber die Beschwerde unter dem Hinweis auf die Widerrechtlichkeit jener gemeinderäthlichen und polizeilichen Erlaubnis abgelehnt und dem Inhaber der Stadtpost eine Sporel von 20 M. angelegt. — In Tübingen starb vorgestern im Alter von 81 Jahren Prof. Dr. v. Kuhn, ein bedeutender katholischer Dogmatiker, langjähriger Dozent an der Tübingen Universität und Mitglied der Kammer der Standesherrn. v. Kuhn vertrat der modernen Richtung gegenüber einen freieren Standpunkt und war ein intimer Freund des Bischofs v. Pöfel.

### Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 11. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Der Staatssekretär im Reichsamt des Auswärtigen, Graf Bismarck, trat auf ärztlichen Rath einen kurzen Erholungsurlaub an und bringt denselben bei dem ihm befreundeten Bischof von Irland, Londonderry, in Dublin zu.

Berlin, 11. Mai. Gegenüber der Blättermeldung von dem Bedorfen eines Gesetzes über die Sperrung der Getreidezufuhr kann das Wolff'sche Telegraphenbureau aus zuverlässigster Quelle versichern, daß die Regierung diesem Gedanken vollständig fernsteht. (Die hier demontirte Nachricht entstammt den „Berl. Polit. Nachr.“)

Stuttgart, 11. Mai. Der Kammer sind Vorlagen über den Landesbeitrag zur Legung doppelter Gleise auf württembergischen Bahnstrecken, die im strategischen Interesse erforderlich erscheint, sowie zum Bau der Eisenbahn von Tuttlingen nach Sigmaringen zugegangen. Zur Vervollständigung des Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesverteidigung werden zwölf Millionen Mark gefordert.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe.

### Großherzogliches Hoftheater.

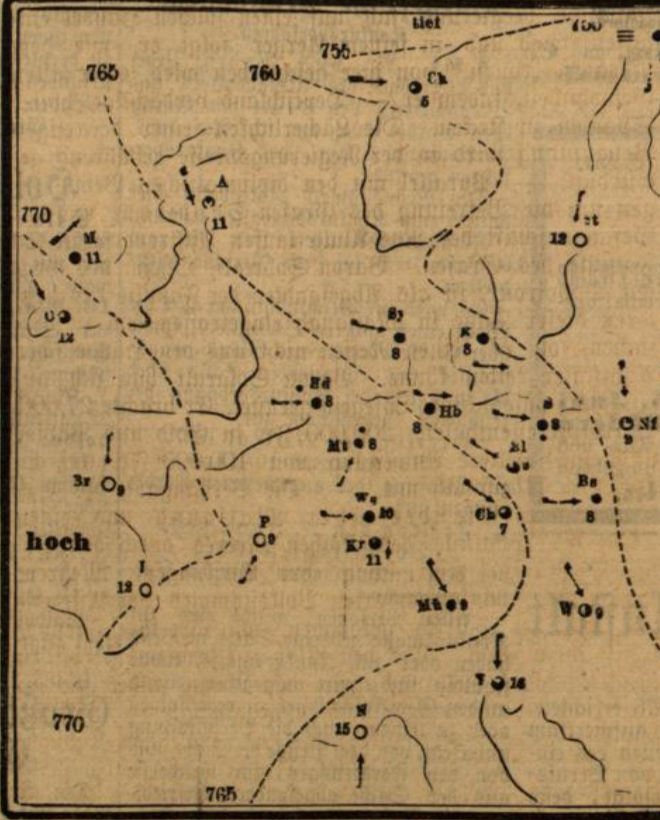
In Karlsruhe: Donnerstag, 12. Mai. 66. Abomm.-Vorst.: „Noah“, große Oper in 3 Aufzügen, von H. de St. Georges. Musik von Halévy und Bizet. Anfang 7 1/2 Uhr.

### Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

Zeit	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Relativ. Feuchtigk. in %	Wind. in %	Himmel.
10. Nachts 9 U.	756.7	+11.6	63	62	N.	wenig bew.
11. Morgs. 7 U.	756.3	+9.8	65	71	N.	bedeckt
11. Mittags 2 U.	753.0	+15.4	6.6	51	SW.	"

Wasserstand des Rheins. Mainz, 11. Mai, Morgs. 4.43 m

### Wetterkarte vom 11. Mai, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Die Luftdruckvertheilung hat sich im Allgemeinen wenig verändert, über Centraluropa dauert die meist schwache nordwestliche Luftströmung bei, die Temperatur liegt in Deutschland erheblich unter der normalen, in Hamburg, München und Breslau um 3, in Chemnitz um 5 Grad. In Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist vielfach Regen gefallen.

### Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 11. Mai 1887.

Staatspapiere.		Bahnpapiere.	
4% Deutsche Reichsanleihe	106.05	Staatsbahn	181 1/2
4% Preuss. Konf.	105.95	Lombarden	59 1/2
4% Baden in fl.	103.55	Galizier	165.20
4% in W.	104.90	Erbthal	132 1/2
Defferr. Goldrente	90.05	Wienb. Eisenbahn	136.—
Silberrent.	65.85	Bad. Eisenbahn	102.80
4% Ungar. Goldr.	80.70	Gotthard	102.80
1877r. Russen	96.15	Weschnel und Sorten.	
1880r.	82.50	Weschnel a. Amstd.	169.—
Il. Orientanleihe	55.20	London	20.88
Italiener compt.	96.90	Paris	80.75
Ägypter	75.70	Wien	160.41
Spanier	65.10	Napoleonsd'or	16.17
5% Serben	79.90	Privatbistonto	2.—
Banken.		Bad. Zuckerfabrik	74.—
Kreditaktien	225 1/2	Allalt Weisereg.	—
Disconto-Kommandit	194.—	Kreditaktien	225 1/2
Basler Bankver.	152.90	Staatsbahn	181 1/2
Darmstädter Bank	137.50	Lombarden	59 1/2
5% Serb. Hyp. Ob.	80.30	Tendenz: fest.	
Berlin.		Wien.	
Deff. Kreditakt.	450.50	Kreditaktien	280.10
Staatsbahn	364.—	Marknoten	62.30
Lombarden	139.—	Tendenz: unentschieden.	
Disl. Kommand.	194.—	Paris.	
Laurahütte	68.60	4% Anleihe	108.20
Dortmunder	51.40	Spanier	65 1/2
Marienburger	47.60	Ägypter	376.—
Messener	—	Ottomane	511.—
Tendenz: —		Tendenz: —	

Uebersicht der Witterung. Die Luftdruckvertheilung hat sich im Allgemeinen wenig verändert, über Centraluropa dauert die meist schwache nordwestliche Luftströmung bei, die Temperatur liegt in Deutschland erheblich unter der normalen, in Hamburg, München und Breslau um 3, in Chemnitz um 5 Grad. In Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist vielfach Regen gefallen.



# Oberrheinische Gewerbe-Ausstellung Freiburg i. B.

Hierdurch machen wir bekannt, daß wir der Annoncen-Expedition von Rudolf Woffe die alleinige Annahme von Annoncen für den offiziellen Katalog übertragen haben.

## Der Hauptausdruck.

Im Anschluß an obige Mitteilung zeige ich ergebenst an, daß Annoncen für den offiziellen Ausstellungskatalog in ganzen, halben und drittel Seiten à 50 M., 35 M. und 25 M. angenommen werden. — Gleichzeitig bin ich in Folge direkten Vertrages mit den Hrn. Poppen und Sohn in der Lage, Annoncen für die illustrierte **Ausstellungszeitung** zu den Originalpreisen (20 Pf. per Zeile) auszuführen und bei Wiederholungen entsprechende Rabatte zu gewähren. Außer der Expedition ist nur meine Firma autorisiert, Annoncen für die Ausstellungszeitung anzunehmen.

Da außer den obigen beiden Publikationen (Katalog und Ausstellungszeitung) keinerlei Drucksachen mit Annoncen auf dem Ausstellungsbau zugelassen werden, lade ich höflichst zur Vermeidung dieser vorzüglichen Infektionsgelegenheit ein und bitte um Einbindung Ihrer gesch. Aufträge.

E. 469.

## Rudolf Woffe,

Annoncen-Expedition  
Freiburg i. B. Kaiserstraße 54 (im Rau'schen Hause).

Heidelberg. Die hiesige Frühjahrsmesse beginnt Montag den 16. Mai und dauert 9 Tage.

Heidelberg, den 4. Mai 1887.

## Der Stadtrath:

Dr. Wislens.

E. 459. 2.

Webel.

## Hof-Kunst-Färberei u. chemische Waschanstalt

E. 225. A.

## Ed. Printz in Karlsruhe

empfiehlt sich zur Saison bei prompter und billiger Ausführung.

## Chemische Reinigung

von Herren- und Damenkleidern, Teppichen, Decken etc.

## Wascherei von Tüllvorhängen.

## Färberei

jeder Art Kleider und Stoffe in den modernsten Farben. Färberei für Möbelstoffe und Pelüsch. Vorzügliche Färberei für seidene Kleider (à ressort). Färberei und Wäscherei von Straußfedern. — Elegante Pressung auf Sammt und Pelüsch. Wiederherstellung beschädigter Sammtgarderobe.

Herrenkleider werden „unzertrümmert“ in soliden Farben gefärbt.

E. 245. 3.

## HAMBURG-AMERIKANISCHE PACKETFAHRT-ACTIEN-GESELLSCHAFT.

Directe Postdampfschiffahrt



von Hamburg nach New York  
jeden Mittwoch und Sonntag,  
jeden Dienstag.  
von Havre nach New York  
jeden Dienstag,  
jeden Donnerstag,  
jeden Samstag.  
von Stettin nach New York  
alle 14 Tage,  
alle 14 Tage.  
von Hamburg nach Westindien  
monatlich 3 mal,  
monatlich 3 mal.  
von Hamburg nach Mexico  
monatlich 1 mal.

Die Post-Dampfschiffe der Gesellschaft bieten bei ausgezeichneter Verpflegung, vorzüglicher Reisegelegenheit sowohl für Cajüten- wie Zwischenstübe-Passagiere.

Auskunft erteilt **Walther & v. Beckow, Mannheim, und C. Schwarzmann, Kehl**, sowie dessen Agent **Hch. Strommeyer, Karlsruhe**, Herrenstrasse 8.

## St. Blasien.

E. 234.

769 Meter = 2560 Fuss über Meer.

Klimatischer und Terrain-Kurort im südlichen badischen Schwarzwalde namentlich geeignet bei Krankheiten der Nerven, Lungen u. Circulationsapparate.

## Hôtel und Kurhaus

Haus I. Ranges.

Das ganze Jahr über geöffnet. Bis zum 15. Juni ermässigte Preise. Mit allem Comfort der Neuzeit, Bädern und Douchen neuesten Systems unter Leitung des Kur- und Grossh. Bezirksarztes Doct. Kugler. — Pension. Prospective umgehend durch den Besitzer.

## Deutsche

## Militärdienst-Versicherungs-Anstalt in Hannover.

Eltern von Söhnen unter 12 Jahren werden auf obige, 1878 errichtete, unter Oberaufsicht der Königl. Staatsregierung stehende Anstalt aufmerksam gemacht. — Zweck derselben: Wesentliche Verminderung der Kosten des ein- wie dreijährigen Dienstes für die betreffenden Eltern, Unterstützung von Berufssoldaten, Versorgung von Invaliden. Je früher der Beitritt erfolgt, desto niedriger die Prämie. Im Jahre 1886 wurden versichert 19,314 Knaben mit M. 21,600,000 Kapital — gegen 16,678 Knaben mit M. 18,425,000 Kapital im Jahre 1885. Status Ende 1886: Versicherungskapital: M. 71,500,000; Jahreserträge M. 4,500,000; Garantiemittel M. 10,000,000; Invalidenfonds M. 83,000; Dividendenfonds M. 423,000. Prospective etc. unentgeltlich durch die Direction und die Vertreter. Inactive Offiziere, Beamte, Lehrer und angehende Geschäftsmänner werden zur Uebernahme von Hauptagenturen gesucht. E. 488.

## Kiefernadelbad und Luftkurort WOLFACH

im Kinzigthal (Schwarzwald).

Badhotel. Unweit vom Bahnhof in schönster Lage der Stadt, auf einer kleinen Anhöhe, mit schöner Aussicht in drei verschiedene Thäler, umgeben mit einem grossen, schattigen Garten mit Tannenwald und Kinderspielflächen. Im Schatten der Kastanienbäume kann jederzeit gespeist werden. Schöner, neu erbaute Speisesaal, gut möblirte, freundliche Zimmer. Bäder aller Art. Billige Pensionspreise: 4 Mark und 4 1/2 Mark im Neubau Wagen zu Ausflügen jederzeit zur Verfügung. Nähere Auskunft erteilt

Frau Rudolf Neef Wwe.,  
Badeigenthümerin.

E. 483. 1.

§. 507. 1. Eine geübte Bäcklerin wünscht einige Tage in besserem Hause Beschäftigung. Durlacherstrasse 69.

## Central-Stellen- Vermittlungs-Bureau

der verbündeten

## Kaufmännischen Vereine in Mannheim.

Wir haben fortwährend hiesige wie auswärtige Vacanen in grosser Zahl zu besetzen, wenn uns Offerten passender Bewerber vorliegen. Die Herren Präsidialräthe werden kostenlos bedient.

## Offene ärztliche Stelle.

Die Stelle eines

## Fabrikarztes

in Volkertshausen (badisches Oberland) ist pro 1. Juni zu besetzen.

Gehalt M. 1800 und freie Wohnung. Gelegenheit zu ausgedehnter Privatpraxis.

Meldungen mit Referenzen an die Baumwoll-Spinn- u. Weberei Arlen bei Singen erbeten. E. 389. 3.

## Eine Villa,

an der Eisenbahn bei Freiburg i. B. gelegen, in sehr gesunder Lage, mit prachtvoller Aussicht, freistehend, mit Feld und schönem Garten, ist unter günstigen Kaufbedingungen feil. Das Ganze eignet sich nicht allein für eine Herrschaft, sondern auch des günstig gelegenen Platzes wegen zu einer Fabrikanlage, Restauration etc. Anfragen beliebe man unter den Buchstaben D. Z. an die Expedition d. Bl. zu richten.

§. 395

## Red Star Line

Roths Stern Linie

König. Belg. Postdampfer von

Antwerpen

nach

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

Philadelphia

## Vermögensabänderungen.

§. 466. Nr. 4961. Karlsruhe.

Durch Urtheil vom Heutigen wurde die Ehefrau des Bauhofsbesizers Franz Ganz, Luise, geb. Neuling, hier für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzufordern. Dies wird zur Kenntniss der Gläubiger gebracht.

Karlsruhe, den 26. April 1887.

Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.  
Dr. Sachs.

§. 503. Nr. 10,221. Freiburg.

Durch Erkenntnis Gr. Amtsgerichts Freiburg vom Heutigen wurde die Ehefrau des Kaufmanns S. Weil, Carolina, geb. Bloch in Freiburg, für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzufordern zu lassen.

Freiburg, den 9. Mai 1887.

Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.  
Dirler.

Entmündigung.

§. 504. Nr. 2128. Haslach. Die ledige Sophie Borho, geb. am 16. April 1866, ehel. Tochter des Landwirths Josef Borho und der verstorbenen Maria, geb. Sumfer von Hausach, wurde durch richterl. Erkenntnis vom 3. Mai l. J., Nr. 3308, wegen hienieder Gemüthschwäche gemäß V. N. S. 489 entmündigt.

Haslach, den 9. Mai 1887.

Gr. Amtsgericht Wolfach.  
Eich.

Erbsverabreichung.

§. 442. 1. Heidelberg. Zum Nachlass der Joh. Adam Schmitt Witwe, Elise Margaretha, geb. Höpfinger in Döhlenheim, sind deren vor Jahren nach Amerika ausgewanderte Söhne, Johann Schmitt und Adam Schmitt, be-  
ruhen.

Da deren Aufenthaltsort unbekannt ist, werden sie, bezw. ihre Rechtsnachfolger hiermit öffentlich aufgefordert, ihre Erbsansprüche bei dem unterzeichneten Notar

innen drei Monaten

persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte anzumelden, widrigenfalls der Nachlass so vertheilt würde, wie wenn sie zur Zeit des Erbanspruchs nicht mehr am Leben gewesen wären.

Heidelberg, den 3. Mai 1887.

Gross. Notar  
Lugo.

## Berm. Bekanntmachungen.

§. 510. Nr. 6294. Baden.

## Bekanntmachung.

Die Vertheilung unbrauchbarer Gerichtsakten betr.

Beschluss.

Nachdem nunmehr die Ausschreibung von dem Jahre 1849 bis 1855 erwanderten Akten über bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, wie solche in § 5 Biffer 3 der Verordnung Gross. Justizministeriums vom 8. April 1853 bezeichnet sind, vollendet ist, wird den Beteiligten aus der Sache über den Rückgabe der von ihnen oder ihren Rechtsvorfahren zu den gleichen Akten gegebenen Verweise-urkunden nachzufahren.

Baden, den 5. Mai 1887.

Gross. bad. Amtsgericht.  
Fr. Wallbrein.

## Holzversteigerung.

§. 476. Die Grossh. bad. Bezirksforstrei Staufen im Breisgau versteigert mit Zahlungsfrist aus Domänenwald „Prälattenwald“ Montag den 16. Mai, früh 10 Uhr, im Gosthaufe zur „Stube“ in Untermünstertal: Zu sog. Nickenbach: 7 Nadelholzstämme I., 47 II., 97 III., 113 IV. und V. Kl.; 9 Nadelholzstämme I., 69 II. Kl.; 22 Lattenflöße. In der sog. Schwarzhalde: 5 Buchen, 1 Birke, 1 Eiche I., 1 II., 1 III., 3 IV. Kl.; 12 Forstenstämme III., 11 IV. Kl.; 7 Forstenflöße II. Kl.; 17 Forsten Eichenstämme II., 19 IV. Kl.; 2 Tannenstämme II., 22 III., 73 IV. u. V. Kl.; 14 Tannenflöße I., 21 II. Kl.; 5 Lattenflöße.

Waldhüter Dittlich in Untermünstertal zeigt das Holz vor.

E. 485. 1. Nr. 2196. Konstanz.

## Grossh. Bad. Staats- Eisenbahnen.

Die Arbeiten für Verfertigung eines Bad- und Waschanstalt auf dem Bahnhof Konstanz, veranschlagt zu 2556 M., sollen zusammen an einen Unternehmer oder an eine Unternehmungsgesellschaft im Submissionswege vergeben werden. Zeichnungen, Voranschläge und Bedingungen liegen auf meinem Geschäfts-

zimmer zur Einsicht auf. Angebote sind spätestens zu dem auf den 20. Mai l. J., Nachm. 3 Uhr, anberaumten Termin einzureichen. Konstanz, den 9. Mai 1887.  
Der Grossh. Bahnbauinspektor.

## E. 487. Karlsruhe. Südwestdeutscher Eisenbahn-Verband.

Mit Wirkung vom 10. Mai l. J. werden für den Verkehr zwischen den badischen Stationen Eberbach und Mannheim einseitig und gewissen Stationen der Rhein-Nahbahn (Eisenbahndirektionsbezirk Köln linksch.), andererseits ermässigte Ausnahmefrachtsätze für gewisse Stadtgüter eingeführt.

Nähere Auskunft erteilen die Stationen Eberbach und Mannheim, sowie das diesseitige Tarifbureau.

Karlsruhe, den 10. Mai 1887.

General-Direktion  
der Grossh. bad. Staats-Eisenbahnen.

## E. 431. 2. Nr. 8432. Karlsruhe. Prüfung der Damm- u. Strassen- meisterkandidaten.

Wir geben hiermit bekannt, daß zu Ende des Monats Juni l. J. eine Prüfung der Damm- und Strassenmeisterkandidaten dahier abgehalten werden wird. Die Gesuche um Zulassung zu dieser Prüfung sind unter Anschluß der erforderlichen Nachweise spätestens bis 15. Juni l. J. bei diesseitiger Stelle schriftlich einzureichen. Die Verordnungen, welche die Zulassungsbedingungen und die an die Kandidaten zu stellenden Anforderungen bezeichnen, kann bei den Wasser- und Strassenbau-, Rheinbau- und Kultur-Inspektionen, sowie bei der diesseitigen Expedition eingesehen, bezw. erbeten werden.

Karlsruhe, den 4. Mai 1887.

Grossh. Oberdirektion  
des Wasser- und Strassenbaues.  
Haas.

Döll.

## Bergebung von Rhein- bausteinen.

§. 475. 1. Die Gr. Rheinbau-Inspektion Offenburg vergibt auf dem Submissionswege die Lieferung von Rheinbausteinen, und zwar

für die Strecke von der Kappler bis zur Kehler Schiffbrücke 1030 cbm,

für die Strecke von der Kehler bis zur Greffener Schiffbrücke

1670 cbm,

für die Strecke von der Greffener bis zur Bittersdorfer Schiffbrücke

1590 cbm,

für die Strecke von da bis Neuburg-weiler Lagerplatz 1140 cbm.

Die Lieferungsbedingungen liegen hier, bei den Dammmeistern in Offenheim, Kehl, Freistett, Greffern und Bittersdorf zur Einsicht auf.

Angebote auf den Kubikmeter gestellt, sind versiegelt, portofrei und mit der Aufschrift „Bruchsteinlieferung“ versehen bis

Freitag den 20. d. Mis.,  
Vormittags 10 Uhr,

hierher an die Rheinbau-Inspektion einzuwenden.

E. 453. 1. Nr. 632. Mosbach.

## Pflasterarbeiten:

Die an der Land- und Kreisstrasse diesseitigen Bezirks im laufenden Jahre auszuführenden Rinnen- und Strassenpflaster, und zwar:

a. Rinnenpflaster aus dauerhaftem Kalk- oder Sandstein, neues Pflaster in 10 Dutzenden,

zusammen 223 qm,

Rinnenpflaster in 5 Dutzenden,

zusammen 90 qm

mit einem beiläufigen Anschlag von 800 M.;

b. Strassenpflaster in Eberbach, neues Pflaster aus Svent 260 qm, Umpflasterung 100 qm mit einem beiläufigen Anschlag von 1800 M.,

sind zu vergeben. Angebote, per Quadratmeter gestellt, sind spätestens bis

Samstag den 21. Mai l. J.,

Vormittags 11 Uhr, anzureichen.

Die Bedingungen liegen inzwischen auf dem Inspektionsbureau zur Einsicht bereit.

Mosbach, den 7. Mai 1887.

Grossh. Wasser- und Strassenbau-Inspektion.

## E. 454. 1. Nr. 3339. Bruchsal. Aufseherstelle für Korbmacherei.

Bei der unterzeichneten Verwaltung ist die Stelle eines Aufsehers alsbald zu besetzen.

Ledige junge Männer, nicht über 35 Jahre alt, die in der Korbmacherei aufbewandert sind und Unterricht darin erteilen können, wollen sich unter Vorlage von Zeugnis- und Gesundheitszeugnis, Militärapapieren innerhalb 10 Tagen melden.

Bruchsal, den 7. Mai 1887.

Gr. Rinnenbaubureau-Verwaltung.

§. 496. Nr. 5806. Engen. Auf

1. Juni d. J. soll dahier eine Schreib-  
gehilfenstelle mit 550 M. Gehalt durch einen besonders in dem Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit bewanderten Injunktieren wieder besetzt werden.

Bewerber wollen sich innerhalb 14 Tagen unter Vorlage ihrer Zeugnisse melden.

Engen, den 9. Mai 1887.

Grossh. bad. Amtsgericht.  
Giesler.